



Tagesordnung

TO-Pkt.	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	<b>A) Öffentlicher Teil</b>		
1	Niederschrift vom 26.05.2011	4	
2	Mitteilungen		
2.1	Situation älterer Menschen in Brühl <u>hier:</u> Veranstaltung am 18.10.2011 / Fragebogen <u>Bezug:</u> Sitzung vom 26.05.2011, TOP 4.4	4-5	6/09 e
2.2	Integration von Menschen mit Migrationshintergrund <u>hier:</u> Jahresbericht <u>Bezug:</u> IntA 04.07.2011	5	12/05 q*
2.3	Integration von Menschen mit Migrationshintergrund <u>hier:</u> KOMM-IN NRW 2011/2012	6	12/05 t
2.4	Betreuungskonzept für die Obdachlosenunterkünfte am Lupinenweg <u>hier:</u> Alkoholberatung	7	102/00
3	Anfragen		
3.1	Einladung Lebenshilfe Center Brühl im SoMiA am 01.12.2011 <u>hier:</u> Ratsherr Weitz (SPD)	7-8	
3.2	Stellungnahme des Rhein-Erft-Kreises zur Rangplatzeinstufung als Optionskommune <u>hier:</u> Ratsherr Weitz (SPD)	8	
3.3	Weihnachtswunschbaum-Aktion 2011 <u>hier:</u> Ratsherr Stilz (CDU)	8-9	
3.4	Beschäftigung von 1 € -Kräften in der Verwaltung <u>hier:</u> Ratsfrau Niclasen (Grüne)	9	
3.5	Finanzielle Unterstützung des Frauenhauses Rhein- Erft-Kreis <u>hier:</u> Joswig-von-Bothmer (GIB)	9	
	<b>B) Nichtöffentlicher Teil</b>		
4	Mitteilungen -keine-	10	

5	Anfragen -keine-	10	
---	---------------------	----	--

\* Vorlage wurde bereits versandt.

Vorsitzender Jung (SPD) begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung die Mitglieder des Ausschusses rechtzeitig erreicht hat.

Er fragt die Mitglieder, ob sie Änderungs- oder Erweiterungswünsche zur vorliegenden Tagesordnung haben.

-keine-

## A) Öffentlicher Teil

### 1. Niederschrift vom 26.05.2011

Gegen die Niederschrift vom 26.05.2011 werden keine Einwände und Bedenken erhoben.

### 2. Mitteilungen

#### 2.1 Situation älterer Menschen in Brühl

hier: Veranstaltung am 18.10.2011 / Fragebogen

Bezug: Sitzung vom 26.05.2011, TOP 4.4

Vorlagen-Nr. 6/09 e

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Vorsitzender Jung (SPD) sagt, dass Bürgermeister Kreuzberg vom Antrag begeistert ist und es sich nicht nehmen lässt, persönlich das Stadtteilgespräch unter dem Motto „Alt werden in Brühl“ am 18.10.2011 im Jugendheim des Pfarrzentrums Pingsdorf zu moderieren.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) freut sich auf diese Veranstaltung und gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass weitere Veranstaltungen in anderen Stadtteilen folgen werden. Sie bittet um Auskunft über den geplanten Ablauf des Stadtteilgespräches, die TeilnehmerInnen aus der Verwaltung sowie die Handhabung und Verwendung des gefertigten Fragebogens und dessen Auswertung.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass der Fragebogen den moderierten Verfahrensablauf unterstützt. Er glaubt und geht fest davon aus, dass anhand der Fragestellungen weitere Fragen von den interessierten Bürgerinnen und Bürgern gestellt werden. Die Fragebögen werden im Stadtteilgespräch zur Beantwortung verteilt.

Es werden ca. 100 Fragebögen zur Austeilung von der Verwaltung mitgenommen.

Der Fragebogen stellt einen qualitativen Moment für die Diskussion im Stadtteil und in der Verwaltung dar.

Die Mitglieder des Ausschusses werfen die Frage auf, wie mit dem Thema „Altersarmut“ im Stadtteil umgegangen wird.

Sozialdezernent Freytag sagt zu, Daten zu diesem Thema zu ermitteln und dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

Ratsherr Stilz (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion die Aktion begrüßt und gut findet. Die Fraktion habe den Fragebogen kritisch geprüft und diesen als Prototyp für kommende Fragebögen gewertet. Er merkt an, dass einige Fragen (z.B. Altenheim) nicht stadtteilbezogen gestellt werden können, sondern das gesamte Stadtgebiet betreffen.

Vorsitzender Jung (SPD) meint, dass die geführte Diskussion für das anstehende Stadtteilgespräch nicht hilfreich ist.

Er bittet die Fraktionen, das Thema Altersarmut, akute Versorgung älterer Menschen, vertiefend zu diskutieren und Anregungen daraus der Verwaltung zur Kenntnis und eventuellen Umsetzung zu geben.

Frau Joswig-von-Bothmer (GIB) ist der Ansicht, dass das Thema „Altersarmut“ sehr wohl in einen Fragekatalog gehört und thematisiert werden muss. Dieses könne nur unter geschlechtsspezifischer Betrachtungsweise erfolgen.

Ratsherr Riedel (Linke) erinnert die Mitglieder an den Antrag seiner Fraktion, einen Bericht über Altersarmut in Brühl von der Verwaltung erstellen zu lassen und anzufordern. Dieser Antrag sei im Ausschuss einstimmig abgelehnt worden.

Vorsitzender Jung (SPD) bittet darum, die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen und den Vorschlag der Verwaltung zunächst umzusetzen und durchzuführen.

Ratsherr Bohlen (fw/bVb) fragt nach, ob auch Jugendliche, junge Erwachsene und weitere Familienangehörige an der Beantwortung des Fragekatalogs teilnehmen können.

Sozialdezernent Freytag erwidert, dass der Fragebogen für alle Altersgruppen offen ist.

Ratsherr Weitz (SPD) bittet die Mitglieder darum, die anberaumte Veranstaltung nicht schon vorab zu zerreden und erhält die Zustimmung vieler Mitglieder des Ausschusses in seiner Ansicht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen und Anmerkungen mehr erfolgen, wird die Verwaltungsvorlage in der vorliegenden Form einstimmig zur Kenntnis genommen.

## **2.2 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund**

**hier: Jahresbericht**

**Bezug: IntA 04.07.2011**

**Vorlagen-Nr. 12/05 g**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

### **2.3 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund** **hier: KOMM-IN NRW 2011/2012** **Vorlagen-Nr. 12/05 t**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Sachkundige Bürgerin Merscheid (CDU) will wissen, was mit der Namensforschung der Brühler Unternehmerinnen und Unternehmer beabsichtigt ist. Sie fragt nach, ob die Mittelstandsvereinigung der Unternehmerinnen und Unternehmer des Rhein-Erft-Kreises ebenso in das Projekt eingebunden wird.

Die Mitglieder bitten um Auskunft darüber, ob die Vorlage auch im Integrationsausschuss behandelt wird.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) interessiert die finanzielle Ausgabeposition für die Namensforschung und bittet die Verwaltung um Bezifferung des Betrages.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass die Namensforschung ein kleiner Meilenstein im gesamten KOMM-IN Projekt 2011/2012 ist und somit nur von geringer Bedeutung in diesem Projekt ist. Dabei geht es um eine Bestandsaufnahme und Beschreibung von Firmen und Unternehmen, deren Führungspersonen einen Migrationshintergrund haben. Diese könne man aus einem normalen Gewerberegisterauszug nicht ohne weiteres deutlich erkennen.

Sachkundige Bürgerin Özcelik (Grüne) will das Projekt im folgenden Integrationsausschuss ausführlich diskutieren. Sie fragt sich, warum eine wissenschaftliche Methode für viel Geld zu einer Erforschung seitens der Verwaltung eingesetzt wird. Sie verweist auf die diversen Industrie- und Handelskammern sowie Gelbe Seiten - Telefonbuch, aus denen man türkische Unternehmen herausfiltern könne.

#### Anmerkung der Schriftführerin:

Das begleitende imap-Institut teilt dazu folgendes mit:

Bei der Namensforschung wird das Onomastik-Verfahren angewandt. Mit diesem Verfahren können über den Vor- und Nachnamen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erfasst werden, ohne sich auf eine einzige Gruppe wie beispielsweise die Türkischstämmige zu beschränken. Das Onomastik-Verfahren kann durch folgende Eigenschaften beschrieben werden:

- spezifische Kombination von Vor- und Nachname
- Namenforschung
- Berücksichtigung historischer Wanderungsbewegung
- Berücksichtigung möglichst vieler Sprachen
- Erfassung der Fehlschreibungen und Transkriptenvarianten
- Kennzeichnung ausschließlich sicherer Fälle
- Treffererwartung und fehlerhafte Zuordnungen
- Anwendbarkeit

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt Vorsitzender Jung (SPD) den Tagesordnungspunkt ab.

## **2.4 Betreuungskonzept für die Obdachlosenunterkünfte am Lupinenweg** **hier: Alkoholberatung** **Vorlagen-Nr.: 102/00 v**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Sozialdezernent Freytag erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Er teilt mit, dass die IBS neben dem bewährten Beratungsangebot für drogenabhängige Personen ein Beratungsangebot für alkoholabhängige Menschen durchführen wird.

Herr Draeger kann nach Auskunft des SKFM Frechen e.V. das erweiterte Stundenkontingent im Lupinenweg nicht wahrnehmen.

Die medizinische Versorgung im Lupinenweg kann in Kürze wieder aufgenommen werden, da ein Arzt Sprechstunden im Lupinenweg anbieten will. Dr. Schuba vom Gesundheitsamt Rhein-Erft-Kreis bemüht sich derzeit bei der Ärztekammer um die erforderliche Genehmigung.

Er betont, dass die Vorschläge der Mitglieder des Ausschusses von der Verwaltung umgesetzt und auf den Weg gebracht wurden.

Ratsherr Weitz (SPD) dankt der Verwaltung für die nachgehende Bearbeitung.

Ratsherr Stilz (CDU) erinnert in diesem Zusammenhang nochmals an die Worte von Frau Lüdtk-Glock, Rhein-Erft-Kreis, die eine Nachhaltigkeit der Problematik im Lupinenweg eingefordert hatte.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt nach, wie die im Haushalt veranschlagten 8.000,00 € nun verwendet würden, wenn sie nicht für den beabsichtigten Zweck (hier: intensive Alkoholberatung) eingesetzt werden. Sie meint, dass ein neuer Vorschlag zur Verwendung des Betrags erfolgen sollte.

Sozialdezernent Freytag erwidert, dass diese zur Einsparung im Haushalt gelangen. Da das angestrebte Ziel, eine zusätzliche Alkoholberatung vor Ort anzubieten, erreicht worden sei, könne er nicht nachvollziehen, dass ohne erste Ergebnisse abzuwarten nach Ausgabemöglichkeiten gesucht werden solle.

Vorsitzender Jung (SPD) stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen und leitet über zum nächsten Tagesordnungspunkt.

## **3. Anfragen**

### **3.1 Einladung Lebenshilfe Center Brühl im SoMiA am 01.12.2011** **hier: Ratsherr Weitz (SPD)**

Ratsherr Weitz (SPD) erinnert die Mitglieder an den „Tag der offenen Tür“ des Lebenshilfe Center Brühl, Franziskanerhof.

Er findet die Arbeit des Lebenshilfe Center sehr interessant und bittet Vorsitzenden Jung (SPD), die Ansprechpartnerin Frau Dr. Miebach-Berken in die folgende Sitzung des Ausschusses einzuladen, um hier die Arbeit vorzustellen.

Sachkundiger Bürger Falkenstein (CDU) schaltet sich ein und sagt, dass er als Vorsitzender des Brühler Ortsverein Lebenshilfe Brühl e.V. nur idealistisch und theoretisch am Lebenshilfe Center beteiligt ist und dieses unterstützt.

Der Vorsitzende Jung (SPD) sagt zu, Frau Dr. Miebach-Berken einzuladen.

### **3.2 Stellungnahme des Rhein-Erft-Kreises zur Rangplatzeinstufung als Optionskommune** **hier: Ratsherr Weitz (SPD)**

Ratsherr Weitz (SPD) fragt nach, ob mittlerweile eine Stellungnahme des Rhein-Erft-Kreises zu Rangplatzeinstufung als Optionskommune vorliegt.

Sozialdezernent Freytag sagt, dass der Rhein-Erft-Kreis von einer Stellungnahme absieht und die Rangplatzeinstufung hinnimmt.

### **3.3 Weihnachtswunschbaum-Aktion 2011** **hier: Ratsherr Stilz (CDU)**

Ratsherr Stilz (CDU) hat im Gespräch mit der Brühler Tafel erfahren, dass viele Eltern die Geschenke bei der Brühler Tafel im Jahr 2010 nicht abgeholt haben.

Er fragt an, ob die Verwaltung in 2011 diese Aktion wieder plant.

Abteilungsleiter Rampe (32/3) gibt bekannt, dass 2011 die Wunschbaumaktion erneut durchgeführt wird und die Vorbereitungen dazu schon begonnen haben.

Er erklärt die Zusammenarbeit der Brühler Tafel mit dem Kaufhof Brühl, die diese Aktion federführend ausrichtet.

In 2010 sei es so gewesen, dass die Brühler Tafel einen Ausgabetermin für die Geschenke ausgerichtet habe. Viele der Berechtigten hatten jedoch keinen Bezug zur Brühler Tafel und haben sich vielleicht auch auf den Bringdienst durch den städt. Bediensteten Herrn Isicok verlassen.

Von der Brühler Tafel habe er das Signal erhalten, eine Ausgabe der Geschenke in diesem Jahr nicht mehr vornehmen zu wollen, da der Arbeits- und Zeitaufwand zu groß sei und der Erfolg nicht in Relation zum Aufwand gestanden habe.

In 2010 wurden über 400 Pakete zusammengestellt, 3 Pakete wurden nicht abgeholt. Anspruchsberechtigt waren ca. 1.200 Kinder, über 400 haben einen Wunschzettel ausgefüllt.

Sachkundige Bürgerin Merscheid (CDU) teilt mit, dass sie mit den ehrenamtlich tätigen Helfern der Brühler Tafel gesprochen habe. Diese haben ihr mitgeteilt, dass viele der Besucher eine Hemmschwelle hätten, die Tafel aufzusuchen.

Aufgrund der vorliegenden Organisationsschwierigkeiten schlägt Vorsitzender Jung (SPD) abschließend vor, in 2012 die Wunschbaumaktion in ihrer Durchführung neu zu überdenken.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

### **3.4 Beschäftigung von 1 € -Kräften in der Verwaltung** **hier: Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau Niclasen (Grüne) will wissen, ob und wie viele 1 € - Kräfte in der Verwaltung tätig sind.

#### Anmerkung der Schriftführerin:

Es sind derzeit 3 1 € - Kräfte bei der Stadt Brühl beschäftigt. Die Teilnehmer sind in Maßnahmen bei der Gesamtschule (Unterstützung Schülerbibliothek und PC-Arbeit), Unterstützung in einer Kindertagesstätte, sowie im Bereich Übergangs- und Obdachlosenheim eingebunden.

### **3.5 Finanzielle Unterstützung des Frauenhauses Rhein-Erft-Kreis** **hier: Joswig-von-Bothmer (GIB)**

Frau Joswig-von-Bothmer (GIB) gibt bekannt, dass dem Frauenhaus Rhein-Erft-Kreis ein Umzug in ein neues Haus bevorsteht.

Das Grundstück und das Frauenhaus seien voll finanziert, allerdings braucht das Frauenhaus zur Einrichtung diverse Möbel und Einrichtungsgegenstände, die derzeit nicht voll finanziert werden. Kreisangehörige Kommunen haben sich in den letzten Jahren dazu entschlossen, das Frauenhaus mit einem finanziellen Betrag in seiner Arbeit zu unterstützen.

Aus der Stadt Brühl werden ebenfalls Frauen im Frauenhaus aufgenommen und betreut und damit Leistungen für die Stadt Brühl erbracht.

Sie bittet darum, darüber ernsthaft nachzudenken und zu diskutieren, ob die Stadt Brühl nicht ebenfalls die Möglichkeit zu einer finanziellen Unterstützung sieht.

Sie kenne zwar das Argument, dass der Rhein-Erft-Kreis für die Finanzierung des Frauenhauses zuständig ist, aber die zugewiesenen finanziellen Mittel für die Arbeit bei weitem nicht ausreichen und alle Kosten decken.

Sie schlägt vor, eine Mitarbeiterin im kommenden Ausschuss zur Berichterstattung der Situation des Frauenhauses Rhein-Erft-Kreis einzuladen.

Nachdem keine Anfragen mehr seitens der Mitglieder gestellt werden, schließt Vorsitzender Jung (SPD) den öffentlichen Teil der Sitzung.